



## **AFRIKA/DEMOKRATISCHE REPUBLIC KONGO - Kinshasa klagt an: „Goma wurde von ruandischem Gebiet aus angegriffen“**

Kinshasa (Fidesdienst) – Die Spannung zwischen der Demokratischen Republik Kongo und Ruanda wächst nachdem die kongolesische Regierung in Kigali für einen Angriff auf Goma (Hauptstadt des Nordkivu im Nordosten der Demokratischen Republik Kongo) verantwortlich macht. Die Stadt wurde angeblich mit Artilleriewaffen von ruandischem Gebiet aus angegriffen. Der Sprecher der kongolesischen Regierung, Lambert Mende, bezeichnete das Vorgehen Ruandas gegen die Zivilbevölkerung als „Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit“.

Zu dem Vorfall kam es am vergangenen 22. August, als Artilleriegeschütze „die nicht aus dem inneren Kongos kamen“, wie die Behörden der Demokratischen Republik Kongo betonen, nach offiziellen Angaben vier Menschen töteten und zwölf weitere verletzten.

Im Nordkivu brachte die kongolesische Armee (FARDC) eine Offensive gegen verschiedene dort aktive Guerillagruppen auf den Weg, darunter auch die M23, die nach Angaben von Kinshasa von Ruanda finanziert wird.

Die kongolesische Offensive wird von Sondereinheiten der UNO und Blauhelmen der MONUSCO unterstützt. Nach dem Einschlag der Mörser forderten protestierende Zivilisten auf den Straßen von Goma das Eingreifen der Blauhelme und überfielen dabei den Sitz der MONUSCO. Dabei kamen zwei Demonstranten ums Leben. „Diese jüngste Episode zeigt, dass die Verzweiflung der Menschen in Nordkivu zunimmt“, so einheimische Beobachter zum Fidesdienst. Davon berichtete auch eine Delegation aus Nordkivu anlässlich eines Besuchs bei Vertretern des US-amerikanischen Kongresses und des Weißen Hauses. „Unter Verweis darauf, dass sich Ruanda und Uganda nicht an das Rahmenabkommen von Addis Abeba halten und die Eingreiftruppen der UNO sich vorwiegend passiv Verhalten, wenn es um ein vorgehen, gegen die negativen Kräfte in Nordkivu geht, möchte die Zivilgesellschaft die Vereinigten Staaten davor warnen, dass die erschöpften Menschen in der Region, die Dinge bald in die eigene Hand nehmen werden“, heißt es in einer Verlautbarung, die dem Fidesdienst vorliegt. Ein solches selbstständiges Handeln werde „weder von der Gesellschaft noch von der Regierung kontrolliert werden können“.

Die Krise in Nordkivu könnte auch andere Staaten in der Region betreffen, nachdem Kinshasa ein Abkommen mit Angola und Südafrika, „zur Stabilisierung der Region der Großen Seen“ unterzeichnet hat. Auf der Grundlage dieser Vereinbarungen verpflichten sich die Regierungen in Luanda und Pretoria zur Unterstützung der kongolesischen Armee und Polizei. (LM) (Fidesdienst, 26/08/2013)